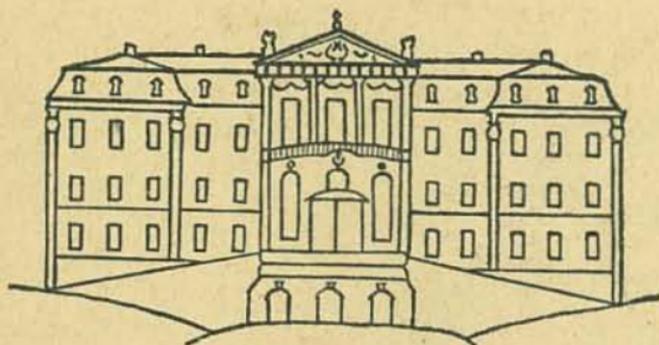


Hefte aus Burgscheidungen

---

Rolf Börner

**Fortschrittliche Christen  
im 19. Jahrhundert  
und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse**



107

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung  
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Rolf Börner

**Fortschrittliche Christen  
im 19. Jahrhundert  
und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse**

1964

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung  
der Christlich-Demokratischen Union

## Einleitung

Das Studium der deutschen Geschichte führt zu der Erkenntnis, daß es entsprechend der Klassenspaltung der Gesellschaft zweierlei ausgeprägte Traditionen gibt. Die eine Tradition ist gekennzeichnet durch Kriege, Militarismus, Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen Volkes und anderer Völker, Nationalismus und Chauvinismus, Dunkelmännertum und Barbarei. Träger dieser Tradition ist heute der westdeutsche Imperialismus und Militarismus, dessen reaktionäre Historiker daran anknüpfen und sie zu verherrlichen suchen oder zumindest behaupten, sie liege in der „Wesensart des deutschen Menschen“ begründet.

Es gibt aber auch eine andere Tradition im deutschen Volk. Sie ist getragen vom Geiste des Fortschritts, der Demokratie und des Humanismus. Diese Tradition wird heute von der Arbeiterklasse aufgehoben und weiterentwickelt. Im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ heißt es dazu:

*„Die deutsche Arbeiterklasse ist der natürliche Erbe aller Großen, Fortschrittlichen und Humanistischen, das vom deutschen Volk hervorgebracht wurde.“<sup>1</sup>*

Diese zwei grundsätzlich entgegengesetzten Traditionen durchziehen auch die Christenheit in Deutschland. Es kommt für den Christen heute darauf an, daß er die progressiven Traditionen des Wirkens christlicher Menschen erforscht, ihr Handeln kritisch untersucht und daraus Folgerungen für sein Verhalten in unserer Zeit ableitet. Dabei ist es von Bedeutung festzustellen, in welcher Beziehung diese Christen in den vergangenen 120 Jahren zur Arbeiterklasse standen, die ja der Träger der positiven Traditionen unseres Volkes ist. So ist für uns das Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zugleich Veranlassung, die geschichtlichen Erfahrungen der Christen in der Vergangenheit unseres Volkes von diesem Gesichtspunkt aus neu zu durchdenken und schöpferisch auf die Lösung unserer gegenwärtigen politischen Hauptaufgaben anzuwenden.

1 Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S. 7.

Die zahlreichen Beispiele des Einsatzes christlicher Menschen für die wahren Interessen der Nation, gegen soziale Ungerechtigkeit und Krieg sind für uns Vorbilder in unserem Ringen um Frieden und Sozialismus. Dabei sehen wir zugleich, daß auch diese Ziele die Arbeiterklasse sich zu eigen gemacht hat und sie in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus verwirklicht. Damit handelt die Arbeiterklasse im Interesse aller friedliebenden und demokratischen Kräfte des ganzen deutschen Volkes; sie ist die Führerin der ganzen Nation und erfüllt damit auch das Vermächtnis jener Christen, die sich aus nationaler Verantwortung heraus für die Lösung der Lebensfragen unseres Volkes und der Menschheit einsetzten.

Die vorstehende Arbeit soll einen geschichtlichen Überblick darüber geben, wie parallel mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung progressive christliche Kräfte wirksam wurden. Deren Handeln ist dabei stets im Zusammenhang mit der konkreten gesellschaftlichen Situation, also mit der jeweiligen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus und der gegebenen Klassenlage, zu sehen und zu verstehen. Selbstverständlich kann ihr Wirken nicht losgelöst von den Bestrebungen der klerikalen Reaktion betrachtet werden. Gerade diese Gegenüberstellung läßt die Problematik in der Einschätzung christlicher Persönlichkeiten und schließlich ihre Klassengebundenheit deutlich werden. Trotz der – objektiv – größtenteils reaktionären Einstellung der leitenden Kirchenkreise in Deutschland hat es immer Geistliche und Laienchristen gegeben, die sich zumindest bemüht haben, die gesellschaftliche Entwicklung nicht nur zu verstehen, sondern sie an der Seite der Arbeiterklasse voranzutreiben, auch wenn sie in der Minderheit waren und sich durch dieses Handeln oft die Ablehnung, ja sogar die offene Feindschaft der Kirchenleitungen zuzogen.

Nicht alle historischen Erscheinungen konnten in unserem Rahmen bis ins einzelne verfolgt werden, sondern es kam hierbei vor allem darauf an festzustellen, wie sich das Verhältnis solcher christlicher Persönlichkeiten zur Arbeiterklasse gestaltet hat.

## I.

In den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts setzte in Deutschland eine breite Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise ein. Es bildeten sich die beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft heraus: Bourgeoisie und Proletariat. Damit nahm zugleich die Ausbeutung der Arbeiterklasse gewaltige Ausmaße an, und ihre Verelendung trat offen zutage. Bemerkenswert ist, daß die Ausbeutung des deutschen Proletariats besonders grausam war, was mit der – verglichen mit Westeuropa – verspäteten kapitalistischen Entwicklung in Deutschland zusammenhing:

„Die deutschen Arbeiter teilten nicht nur das Los ihrer Brüder in anderen Ländern, auf denen die grausame Ausbeutung des frühen Industriekapitalismus schon schwer genug lastete, sondern waren noch besondere Opfer spezifisch deutscher Verhältnisse. Die Tatsache, daß sie mit einem technisch relativ zurückgebliebenen Produktionsapparat auf dem Weltmarkt konkurrierten, trieb die deutschen Unternehmer in die Richtung des geringsten Widerstandes, nämlich der doppelgesteigerten Ausbeutung ihrer Arbeiter.“<sup>2</sup>

In diese Zeit fallen auch die Anfänge einer selbständigen Arbeiterbewegung in Deutschland. Insbesondere wurden die wandernden Handwerksgesellen durch die französischen utopischen Sozialisten beeinflusst, deren Gesellschaftskritik der deutschen Arbeiterbewegung neue Anregung gegeben hatte.

„Proletarische Handwerksgesellen, die damals die politische Vorhut der deutschen Arbeiter darstellten und auf ihrer Wanderschaft mit der revolutionären französischen Bewegung in Verbindung gekommen waren, lösten sich in den Jahren 1836 bis 1838 vom bürgerlich-demokratischen Geheimbund der Geächteten. Sie bildeten den Bund der Gerechten, in dem der Weitlingsche Arbeiterkommunismus vorherrschte, der in seiner Zielsetzung revolutionär war, aber in seiner ideologischen Begründung und seinem utopischen Inhalt mit der bürgerlichen Denkweise noch nicht gebrochen hatte. Der Bund der Gerechten war die Vorstufe für den späteren Bund der Kommunisten.“<sup>3</sup>

Die Bedeutung der von Weitling vertretenen Auffassung liegt trotz ihrer Mängel darin, daß er sich für die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie einsetzte und in der Arbeiterklasse die Kraft erkannte, die in der Lage ist, eine Gesellschaftsordnung der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit aufzubauen.

<sup>2</sup> Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, Band I, Berlin 1949, S. 51/52.

<sup>3</sup> Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 40.

Es ist das große historische Verdienst von Karl Marx und Friedrich Engels, den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung vereint zu haben. Die Veröffentlichung des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ im Revolutionsjahr 1848 war von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Damit führten Marx und Engels den wissenschaftlichen Beweis für die Unvermeidbarkeit des Sturzes der Kapitalistenklasse durch das Proletariat.

„Schon in dem unvergänglichen ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘, dem ersten wissenschaftlichen Programm der deutschen und internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, haben die größten Söhne des deutschen Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, am Vorabend der Revolution von 1848/49 in genialer wissenschaftlicher Voraussicht die geschichtliche Notwendigkeit des Untergangs der kapitalistischen Gesellschaft und des Sieges des Sozialismus begründet.“<sup>4</sup>

Mit diesen Worten würdigte das vom VI. Parteitag der SED beschlossene Programm die Bedeutung dieses genialen Werkes von Marx und Engels.

Damit haben sie zugleich auch den christlichen Arbeitern den Weg gewiesen, der als einzig möglicher die Arbeiterklasse von Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung befreit. – Bereits vor dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes und der Formierung des „Bundes der Kommunisten“ bemühte sich der Vorstand des „Bundes der Gerechten“, den bisherigen Sektencharakter als Geheimbund zu sprengen und den Bund zu einer breiten revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse zu entwickeln. Der neue Vorstand des Bundes erklärte in einem Schreiben an alle Gruppen und Mitglieder im November 1846:

„Dessenungeachtet ist noch keine Einigkeit da, unser Verhältnis zur religiösen Partei sowie zu der radikalen Bourgeoisie ist noch nicht klar erkannt, ein einfaches Glaubensbekenntnis, das allen zur Richtschnur dienen könnte, noch nicht aufgestellt, und so ist es denn gekommen, daß in den verschiedenen Lokaltäten anstatt kräftig zusammenzuwirken, wir oft einander entgegenwirken – diesem Übelstande soll und muß abgeholfen werden.“<sup>5</sup>

Hier wurde also die Frage nach einem Programm aufgeworfen, und in diesem Zusammenhang wurden die Gemeinden zur Diskussion mehrerer Fragen aufgefordert, von denen eine lautete:

4 „Neues Deutschland“ vom 25. 1. 1963, Sonderbeilage, S. 3.

5 Karl Obermann, Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848, Berlin 1953, S. 71 f.

„Welches ist die Stellung des Proletariats den verschiedenen religiösen Parteien gegenüber? Ist eine Annäherung an die eine oder die andere Partei möglich und ratsam, und wenn, auf welche Weise ist dieselbe am leichtesten und sichersten zu bewirken?“<sup>6</sup>

Aus diesem Schreiben wird ersichtlich, daß bereits um diese Zeit auch christliche Menschen bestrebt waren, an der Arbeiterfrage Anteil zu nehmen. In der Tat: Auch dazu sind die ersten Ansätze in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts festzustellen. Freilich waren es am Anfang nur einzelne Persönlichkeiten der sogen. theologischen Schule in der Politik, die eine christliche Ideallösung der sozialen Probleme zu verwirklichen suchten. Franz von Baader und Adam Müller sind Vertreter dieser Richtung. Wohl traten sie gegen die Verelendung und die Not des Proletariats auf, sahen aber infolge ihrer romantischen Vorstellungswelt die Lösung der sozialen Frage nur in der Rückkehr zu vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen und wurden somit ungewollt zu Stützen der Reaktion. Trotzdem sollte der Mut, mit dem gerade Baader die sozialen Verhältnisse seiner Zeit anprangerte und zur Mithilfe an ihrer Lösung aufrief, von uns lobend anerkannt werden.<sup>7</sup>

Das Jahr 1848 ist gekennzeichnet durch die – wenn auch gescheiterte – bürgerlich-demokratische Revolution und das Erscheinen des Kommunistischen Manifests. Damit wurde deutlich, daß für die Lösung sowohl der nationalen als auch der sozialen Frage eine revolutionäre Situation herangereift war. Diese Ereignisse gingen nicht spurlos an den Christlich-Sozialen vorüber. Nicht von ungefähr fielen drei große Ereignisse in deren Wirken in das Schicksalsjahr 1848: das Auftreten Johann Hinrich Wicherns auf dem Wittenberger Kirchentag, das von entscheidender Bedeutung für die Arbeit der Inneren Mission wurde, die sechs Adventspredigten Bischof Kettlers über die sozialen Fragen der Zeit und die Schrift Victor Aimé Hubers über die „Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung“.<sup>8</sup> Für sie trifft die Einschätzung gleichermaßen zu, die Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei“ über den kritisch-utopischen Sozialismus und Kommunismus vornahmen:

6 ebenda, S. 72.

7 Näheres über Baader und auch Müller bei: Walter Bredendiek, Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1953, S. 24–26, 48–54.

8 Näheres darüber bei Bredendiek, a. a. O., S. 105 ff., 154–157, 235 ff. Vergleiche dazu auch: Gerald Götting, Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland, Hefte aus Burscheidungen Nr. 78, S. 13 f.

„Die Erfinder dieser Systeme sehen zwar den Gegensatz der Klassen wie die Wirksamkeit der auflösenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft selbst. Aber sie erblickten auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung... Sie sind sich zwar bewußt, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der leidendsten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der leidendsten Klasse existiert das Proletariat für sie. Die unentwickelte Form des Klassenkampfes wie ihre eigene Lebenslage bringen es aber mit sich, daß sie weit über jenen Klassengegensatz erhaben zu sein glauben. Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsglieder, auch der bestgestellten, verbessern. Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse... Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen.“<sup>9</sup>

Diese Bestrebungen einzelner christlicher Sozialreformer führten nicht zu einer breiten Massenbewegung. Vielmehr ist festzustellen, daß die Masse der christlichen Arbeiter solidarisch mit der gesamten Arbeiterklasse handelte. Der Ruf des Kommunistischen Manifests „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ wurde nicht nur im internationalen, sondern ebenso in interkonfessionellem Sinne aufgefaßt. Immerhin bildeten sich in dieser Zeit, besonders nach dem Scheitern der Revolution 1848, auch christliche „Arbeitervereine“ heraus. Die ersten evangelischen Arbeitervereine entstanden 1848 in Bayern, während die katholische Arbeiterbewegung sich erst später, in den achtziger Jahren, herausbildete; aber auch dafür waren Vorläufer in der Form katholischer Arbeiter-Unterstützungsvereine und christlich-sozialer Vereine vorhanden.

Ein solcher Vorläufer ist die von Adolf Kolping 1849 begründete Gesellenvereinsbewegung, die sich als „Kolpingsfamilie“ bis in die Gegenwart erweitert und entwickelt hat. Freilich ist diese Gesellenvereinsbewegung nicht mit der katholischen Arbeiterbewegung auf eine Stufe zu stellen. Sie hatte nicht die Absicht, Sozialpolitik zu treiben und sich der Arbeiterklasse zu widmen; vielmehr sah Kolping bei der Begründung der Gesellenvereine eine ethische Aufgabe: er wollte damit „auf festem Fundament den zertretenen, aus den Fugen gerissenen Stand wieder aufrichten“.<sup>10</sup> Er, der das Standesbewußtsein des Handwerks neu aufbauen wollte, erkannte nicht die Tatsache,

<sup>9</sup> Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1959, S. 51.

<sup>10</sup> Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart 1956, Sp. 603.

daß unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen der größte Teil der Handwerksgehilfen zwangsläufig und gesetzmäßig ins Proletariat hinabgeschleudert wurde. Das soll die Verdienste, die er und seine Bewegung sich in bezug auf die sozialen Verhältnisse, die Bildung und Erziehung der Handwerksgehilfen erworben haben, nicht schmälern.

## II.

Nach der „von oben“, durch Bismarck herbeigeführten Reichseinkünfteerhöhung dauerte es nicht lange, bis nach der Konjunktur der Gründerjahre, die bedingt war durch eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Kriegskontribution von fünf Milliarden Goldfrancs aus Frankreich, zwangsläufig der „Gründerkrach“ als eine zyklische Krise des deutschen Kapitalismus einsetzte. Damit verstärkte sich das Elend der Arbeiterklasse: die Arbeitszeit wurde verlängert, die Arbeitslöhne wurden gesenkt, die Arbeitslosigkeit nahm zu. In den Bergbaugebieten des Rheinlands und Westfalens wurden die von den Bergarbeitern erkämpften Knappenrechte durch die Werksbesitzer aufgehoben; dadurch gingen die Arbeiter aller Ansprüche auf Knappschaftsvermögen verlustig. Diese Willkür der Unternehmer nahmen die Bergarbeiter nicht widerspruchslos hin.

Im Frühjahr 1877 begannen Ludwig Schröder, der Gründer des ersten freien Knappenvereins „Glückauf!“, in Dortmund und W i n n e r s in Gelsenkirchen eine breite Agitation für die Erhaltung der knappschaftlichen Rechte, die bald übergang in eine allgemeine Bewegung für die Interessen der Bergleute und gegen das gewalttätige Vorgehen des Grubenkapitals. Im November 1877 erschien sowohl in der Zentrums- als auch in der sozialdemokratischen Presse ein Aufruf, der die Bergleute aufforderte, die Zersplitterung und Uneinigkeit zu überwinden und mit Entschlossenheit gemeinsam eine Besserung der sozialen Lage anzustreben. Dieser Aufruf lautete:

„Kameraden! Es ergeht der Ruf an Euch! Vereinigt Euch! Unser Bund soll nur die oben vorgesteckten Ziele verfolgen. Alle politischen und religiösen Fragen sollen von ihm vollständig ausgeschlossen sein, denn nur dann, wenn wir alle einig sind, können wir etwas erzielen. Der Katholik sowie der Protestant haben die gleiche Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre Familien Brot haben und ein sittliches Leben führen können. Es sind in letzter Zeit allerdings schon vielfach vereinzelte Versuche von den Belegschaften einzelner Zechen gemacht worden, ihre Lage zu verbessern. Aber das kann nie auf die Dauer nützen, denn gerade die vereinzelten Versuche bewirken, daß die Direktionen eine Arbeitseinstellung herbeiführen und die

alte Belegschaft durch fremde Arbeiter zu ersetzen suchen. Nur dann, wenn wir einen großen Bund der Bergleute schaffen und gutverwaltete Kassen haben, dann bilden wir eine Macht, welche mit gerechten Forderungen auch durchdringen wird. Niemand sage, daß die Arbeit zu schwer sei; wenn wir nur redlich wollen, daß es besser werde, dann kann das große Werk der Einigung nicht fehlschlagen. Die vielen Hunderttausende von Bergleuten in Deutschland bilden aber vereint eine solche Macht, daß sie alsdann auch ohne Arbeitseinstellung vieles eringen können.“<sup>11</sup>

Auf der Grundlage dieses Aufrufs wurde am 18. November 1877 eine Versammlung durchgeführt, deren Hauptreferent der Sozialdemokrat Hasselmann war. Hasselmann rief die Bergarbeiter auf, sich in Gewerkschaften zu vereinigen, um dadurch ein Gegengewicht gegen alle großkapitalistischen Bestrebungen zu bilden. Die geplante Vereinigung der Bergleute solle eine Behandlung aller politischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten ausschließen.

Die Gefahr einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse ließ die Vertreter der Reaktion sofort zu Gegenmaßnahmen schreiten. In der gleichen Versammlung trat der Reichstagsabgeordnete Stötzel vom Zentrum auf, um diese Entwicklung zu bremsen. Er argumentierte, daß konfessionslose Vereinigungen in Essen nicht aufkommen würden, weil eine große Anzahl gutkatholischer Bergleute aus Furcht vor der Sozialdemokratie einer solchen Vereinigung fernbleiben würde. Er forderte die Bildung einer Berufsvertretung der Arbeiter nur auf christlich-sozialer Grundlage.

Dagegen wandte sich entschieden der christlich-soziale Bergmann Rosenkranz. Er trat entsprechend dem Vorschlag Hasselmanns für einen konfessionslosen Verein ein; nur ein solcher werde im Kohlenbezirk stark und mächtig sein. Die gemeinsame Agitation des Sozialdemokraten Hasselmann und des Katholiken Rosenkranz für eine gemeinsame Gewerkschaft fiel auf fruchtbaren Boden: Sofort auf dieser Versammlung trugen sich mehrere hundert Bergleute in ausgelegten Listen als Mitglieder ein.

Nunmehr erfolgten von seiten der Zentrumsführung verstärkte Gegenmaßnahmen, um ein gemeinsames Handeln von sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern zu verhindern. Die „Essener Volkszeitung“ drohte, daß wegen der Konfessionslosigkeit des Hasselmann-Rosenkranz'schen Vereins diesem kein katholischer Arbeiter beitreten dürfe. Es verwundert uns nicht,

<sup>11</sup> zit. nach: August Erdmann, Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 1908, S. 382.

wenn hierbei in verstärktem Maße mit Verleumdungen und antisozialdemokratischen Parolen gearbeitet wurde. So schrieb die „Essener Volkszeitung“:

„Ja, es ist unsere feste Überzeugung, gewonnen aus der Kenntnis der Macht sozialdemokratischer Agitation, daß der vollständig konfessionslose Gewerkverein über kurz oder lang viele, viele christliche Mitglieder den Sozialdemokraten in die Hände liefern wird. Alle diese Mitglieder werden dann aber aufhören, christlich zu sein; denn wer das sozialdemokratische Programm annimmt, der hat dadurch mit jedem religiösen Glauben gebrochen . . . Sobald Ihr aber sozialdemokratisch werdet, leidet Eure Seele unzweifelhaft Schaden, Ihr stürzt Euch in die allergrößte Gefahr, auf ewig verlorenzugehen, auf ewig Eure und vielleicht auch Eurer Weiber und Kinder Seligkeit einzubüßen, ohne daß Ihr auch die geringste Hoffnung habt, hier auf Erden durch die Sozialdemokratie glücklich zu werden. Nun wählet zwischen zweifelhafter Hoffnung auf Verbesserung Eurer irdischen Lage und fast unzweifelhafter Gewißheit ewigen Verderbens.“

Hinter dieser Demagogie verbarg sich die Furcht der Führungskreise der Zentrumspartei, daß diejenigen christlichen Arbeiter, die mit den Sozialdemokraten zusammengehen würden, aufhören könnten, Zentrumsanhänger zu sein. Um die christlichen Arbeiter hinter sich zu behalten, rief das Organ der Zentrumspartei am Schluß seines Artikels zur Boykottierung des neuen Vereins und zur Bildung christlicher Gewerkschaften auf:

„Deshalb, ihr christlichen Arbeiter, die Ihr bereits Eure Beitrittserklärung zum neuen Verein gegeben habt: Nehmt sie ungescheut wieder zurück, nachdem Ihr die Gefahren jetzt kennt, die Euch bedrohen. Alsdann tut Ihr christlichen Bergleute euch zusammen und gründet einen christlich-sozialen Gewerkverein.“<sup>12</sup>

Alle diese Maßnahmen konnten aber die konstituierende Versammlung des neuen Gewerkvereins am 23. Januar 1878 nicht aufhalten. Deshalb sandte das Zentrum den Kaplan Laaf aus Essen dorthin, der gegen den Statutentwurf polemisierte. Er warnte vor einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten; die Partei habe die „Vernichtung des Christentums“ auf ihre Fahnen geschrieben, und der zu gründende Verband sei nur ein Mittel zur Stärkung der Sozialdemokratie. Aber auch er konnte nicht verhindern, daß die Statuten des neuen Verbandes von den anwesenden Arbeitern beraten und beschlossen wurden.

<sup>12</sup> zit. ebenda, S. 384.

So wurde der „Verband rheinisch-westfälischer Bergleute“ gegründet. Sein Ausschuß bestand aus vier Sozialdemokraten, zwei Christlich-Sozialen und einem „Neutralen“. Zur Bedeutung dieser Gründung erklärte Rosenkranz in einer Bergarbeiterversammlung am 3. Februar 1878, in der vollständigen Ausschließung der Religion in diesem Verein sei keine Gefahr für die christlich-sozialen Arbeiter zu sehen. Wohl aber könne man den Verein als ein großes Festungswerk betrachten, umlagert von einer großen Armee, die bestehe aus den Zeitungen fast aller Schattierungen und den Bergwerksgesellschaften. Er appellierte an die geistige Kraft der Bergleute und ihre Einigkeit, um so die Reihen der Feinde geschlossen zu durchbrechen.<sup>13</sup>

Nunmehr gingen die Unternehmer und die Zentrumsparterie zu massiven Angriffen gegen jede Organisierung der Arbeiter über. Am 18. Februar 1878 beschloß der Vorstand des „Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“, alle Bergarbeiter, die dem sozialdemokratischen oder dem christlich-sozialen Bergarbeiterverband beitreten, sofort zu entlassen.

Wenn auch die Gründung einer christlichen Gewerkschaft zum damaligen Zeitpunkt am Widerstand der Unternehmer gegen jede Gewerkschaftsorganisation scheiterte, so äußerte doch die Zentrumspresse schon ihre Gedanken dazu. Im März 1878 schrieben die „Christlichsozialen Blätter“ zu dem geplanten christlichen Verband, seine Statuten sollten „wesentlich verschieden sein von denen der Sozialdemokraten“. Er solle eine Vereinigung darstellen, die „dem ganzen Bergbauwesen zu Nutzen sei und den möglichsten Frieden zwischen den Grubenverwaltungen und den Bergleuten herbeiführe“, also eine Organisation, die völlig die Interessen der Unternehmer vertreten und jede Kampffraktion der Arbeiter gegen Ausbeutung und soziale Unterdrückung verhindern sollte. Im Statutentwurf wurde unter § 2b die Bildung eines „Reserve- und Unterstützungsfonds für abnorme schlechte Zeiten“ vorgeschlagen mit dem Zusatz: „Die Arbeitgeber sind eingeladen, Beiträge zu dem Fonds zu gewähren.“<sup>14</sup> Damit war der Charakter dieser vorgeschlagenen Organisation ganz offensichtlich.

Kurze Zeit darauf trat das Sozialistengesetz in Kraft, und der „Verband rheinisch-westfälischer Bergleute“ wurde aufgelöst. Nicht aufgelöst hatte sich jedoch das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Arbeiter, unabhängig von Weltanschauung und Konfession. Nach dem großen Ausstand 1889 — also noch

13 zit. ebenda, S. 386.

14 zit. ebenda, S. 388.

zur Zeit des Sozialistengesetzes — erkannten die Ruhrbergleute die Notwendigkeit einer erneuten gemeinsamen Organisation und gründeten den „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland-Westfalen“, den sogenannten „Alten Verband“, der unter Ausschluß von Religion und Politik die Förderung der geistigen, gewerblichen und materiellen Interessen seiner Mitglieder bezweckte.

Erneut setzte eine Hetzkampagne der Zentrumsparterie gegen diese neugebildete Arbeiterorganisation ein, wobei die dabei angewandten Methoden des Rufmords zu Vergleichen mit den heutigen Methoden der Adenauer-CDU gegenüber den demokratischen Kräften in Westdeutschland herausfordern. So wurde behauptet, die Führer des Verbandes würden Verbandsgelder unterschlagen, um sich persönlich zu bereichern, und ähnliches mehr. Dabei ließen es jedoch jene Kräfte nicht bewenden. 1890 erfolgte die Gründung einer Gegenorganisation, des Verbandes „Glückauf“. Welche Absichten dieser hatte, ging aus einer Rede eines der Initiatoren und Hintermänner dieses Verbandes, des Zentrums politiklers *Len s i n g*, hervor, die er am 22. März 1891 in einer Bergarbeiter-Versammlung in Dortmund hielt: Man dürfe es nicht länger dulden, daß an der Spitze der Bergarbeiterbewegung Sozialdemokraten ständen, deren Streben geeignet sei und darauf hinausgehe, die Bergleute ins Unglück zu stürzen. Die Sozialdemokratie wolle den Umsturz und die Beseitigung der Religion, sie gehe Wege, denen kein christlich-patriotischer Mann folgen könne. Man dürfe hoffen, daß aus der gegenwärtigen Versammlung heraus sich eine Bewegung entwickle, die eine Organisation der Bergleute herbeiführen und die Sozialdemokraten aus der Bewegung hinauswerfen werde.<sup>15</sup>

Das Ergebnis dieser Kampagne war die Bildung christlicher Gewerkschaften, die von vornherein einen betont antisozialdemokratischen Charakter trugen und der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstanden. Am 26. August 1894 fand in Essen in Anwesenheit von Vertretern der Bergbehörde die erste Delegiertenkonferenz statt. Wortführer war der Bergmann *August Brust*, der der Zentrumsparterie angehörte und sich durch diktatorisches und überhebliches Verhalten den Arbeitern gegenüber „auszeichnete“. *Brust* erklärte auf dieser Versammlung, Tausende von Bergarbeitern ständen vor einem Abgrunde, es bedürfe nur eines Anstoßes, daß sie der Sozialdemokratie anheimfallen. Er gab also damit zu, daß der Wille zum gemeinsamen Handeln die christlichen und sozialdemokratischen Ar-

15 ebenda, S. 393.

beiter schon zum größten Teil durchdrungen hatte. Dieser „Gefahr“, fuhr Brust fort, solle der zu gründende Verband vorbeugen, denn ein Anschluß an die Sozialdemokraten bedeute gleichzeitig einen Abfall von der christlichen Religion. Aus diesem Grunde müßten die Sozialdemokraten von dem zu gründenden Verbands ausgeschlossen bleiben.<sup>16</sup>

Durch eine solche Demagogie war es möglich, daß am 28. Oktober 1894 die konstituierende Versammlung des „Gewerkvereins christlicher Bergleute für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“ durchgeführt wurde. Das war die Geburtsstunde der christlichen Gewerkschaften, die von den Anfängen an bis zur heutigen Zeit in Westdeutschland als Spalterorganisationen innerhalb der Arbeiterklasse im Dienst und im Interesse der Großbourgeoisie und ihrer Profite arbeiten. Diese Stellung der christlichen Gewerkschaften geht auch deutlich aus der damals angenommenen Satzung hervor, in der es hieß:

„Der Verein steht treu zu Kaiser und Reich und schließt die Erörterung konfessioneller und politischer Parteiangelegenheiten aus. Durch den Eintritt in den Verein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen.“<sup>17</sup>

Es hat aber andererseits nicht an Christen gefehlt, die vor einer derartigen verhängnisvollen Politik gegenüber der Arbeiterbewegung warnten und die furchtbaren Folgen für die Arbeiterklasse selbst ahnten. So mahnte beispielsweise der Kaplan Oberdörffer:

„Glaubt man vielleicht die Sozialdemokratie zu bekämpfen durch Beschimpfungen? Durch wüstes Schimpfen ist noch niemals eine Idee aus der Welt geschafft worden. Eine Idee, wie die sozialdemokratische, ist durch Beschimpfung nicht zu widerlegen... Ich habe nicht gesagt, daß sie (die christlichen Arbeiter; d. V.) sich mit den Sozialdemokraten zu einem Verbands vereinigen sollen. Das liegt mir vollständig fern. Aber ich bin der Meinung, daß Zeiten eintreten könnten, wo sie genötigt sein werden, mit den Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu handeln. Und deshalb warne ich Sie, die Sozialdemokraten zu bekämpfen.“<sup>18</sup>

Diese warnenden und mahnenden Stimmen verantwortungsbewußt denkender Christen gingen jedoch unter in der allgemeinen antisozialdemokratischen Propaganda, deren Instrument gegenüber der Arbeiterklasse der „Gewerkverein christlicher Bergleute“ war. Dieser Verein war die erste überkonfes-

16 ebenda, S. 401.

17 zit. ebenda, S. 405.

18 zit. ebenda, S. 404.

sionelle christliche Gewerkschaft; ihr schlossen sich nach ihrer Gründung 77 katholische, 38 evangelische Knappenvereine, 23 katholische und 38 evangelische Arbeitervereine, darüber hinaus 25 christlich-soziale Vereine (also Gründungen der Zentrumspartei) an.

\*

Es sei jetzt noch einmal kurz auf die evangelischen Arbeitervereine eingegangen. 1885 schlossen sich — nach der ersten Vereinsgründung in Gelsenkirchen — 25 Vereine mit 11 700 Mitgliedern zum „Verband evangelischer Arbeitervereine in Rheinland und Westfalen“ zusammen, dessen Vorsitzender Pfarrer Werth aus Schalke und dessen Verbandsagent der Bergmann Ludwig Fischer aus Gelsenkirchen waren. Der Verband breitete sich weiter aus; 1890 umfaßte er 73 Vereine mit etwa 20 000 Mitgliedern.

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 waren die Bestrebungen der herrschenden Klassen deutlich, mit ideologischen Mitteln die weitere Entwicklung der sozialdemokratischen Partei zur Massenpartei zu verhindern. Diesem Zweck diente auch die Förderung der evangelischen Arbeitervereine, nachdem der evangelische Oberkirchenrat die Geistlichen aufgefordert hatte, sich in diesem Sinne der sozialen Frage mehr zu widmen. Neue evangelische Arbeitervereine entstanden in der Provinz Sachsen, in Schlesien, Württemberg, Baden und Hessen, und am 6. August 1890 konstituierte sich in Erfurt der „Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands“. Seine dort angenommene Satzung spiegelte den Zweck und die politischen Absichten dieser Vereine als sozialreformistische Einrichtungen im Dienste der Bourgeoisie wider:

„§ 1 Die deutschen evangelischen Arbeitervereine und ähnliche, auf christlich-patriotischer Grundlage stehende Bürger-, Volks- und soziale Vereine, deren Grundcharakter evangelisch ist, bilden auf Grund der nachfolgenden Satzungen einen Gesamtverband mit einer einheitlichen Spitze...“

§ 2 Der Zweck dieses Gesamtverbandes ist

- a) den Zusammenschluß der Vereine nach Provinzial- und Landesverbänden überall ins Werk zu setzen, um so die schwächeren Vereine durch Zusammenschluß mit den großen zu stärken;
- b) die Bildung neuer Vereine zu fördern;
- c) die Presse für unsere Sache zu beeinflussen;
- d) über Maßregeln zur Hebung der wirtschaftlichen Lage und der sittlich-religiösen Haltung unserer Brüder zu beschließen;

e) den Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie gemeinsam und planmäßig zu führen.“<sup>19</sup>

Der „Aufruf an die deutsche evangelische Christenheit“ forderte zur Mitarbeit an der Lösung der sozialen Frage „im Sinne der großen sozialreformatorischen Gedanken unseres jugendstarken Kaisers“ und zum Kampf gegen die Sozialdemokratie auf. Damit entlarvte der Verband trotz aller sozialdemagogischen Phrasen sich selbst. Es ist nicht verwunderlich, daß die klassenbewußten christlichen Arbeiter diesem Verein keine Sympathien entgegenbrachten: Von 17836121 Arbeitern, die das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1907 auswies, gehörten gerade 92570 den evangelischen Arbeitervereinen an; also kam auf etwa 200 Arbeiter einer, der dem evangelischen Arbeiterverein angehörte.

Das trifft auch für die anderen Spalterorganisationen in der Arbeiterklasse zu. Zu Beginn des ersten Weltkrieges waren organisiert:

in den Freien Gewerkschaften	2525042 Mitglieder
in den Christlichen Gewerkschaften	341735 Mitglieder
in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften	106618 Mitglieder
in den „Gelben“ Gewerkschaften	273725 Mitglieder
in den evangelischen Arbeitervereinen (einschließlich der nicht dem Gesamtverband angeschlossenen Vereine)	178324 Mitglieder

(entnommen dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915, S. 433 ff.).

Der Wille zur Einheit der Arbeiterklasse war also auch bei den meisten christlichen Arbeitern vorhanden. Auch bei den Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine kam die Verbundenheit mit den sozialdemokratischen Klassengenossen zum Ausdruck. Obwohl zu allen Wahlen von der Verbandsführung die Parole ausgegeben wurde: „Keine Stimme für die Sozialdemokratie!“, wurden dem Vorstand des Landesverbandes Baden heftige Vorwürfe gemacht, weil er es bei den Landtagswahlen 1905 zugelassen hatte, daß alle Mitglieder den sozialdemokratischen Kandidaten wählten.

In ähnlicher Weise wie die evangelischen Arbeitervereine waren auch die katholischen Arbeitervereine von der herrschenden Klasse dazu bestimmt, die Aktionseinheit der Arbeiter-

<sup>19</sup> Ludwig Weber, Lebenserinnerungen, Agentur des Rauhen Hauses (Sonderdruck), o. J., S. 18.

terklasse im Kampf um Demokratie und Sozialismus zu verhindern. Franz H i t z e, der führende Mann bei der Gründung katholischer Arbeitervereine, die 1884 auf dem Amberger Katholikentag beschlossen wurde, äußerte sich dazu:

„Wir müssen aus unseren christlichen Arbeitern eine wohlgeschulte, wohlbewaffnete Armee bilden, die den Sozialdemokraten auch in die Fabrik, in die Werkstatt hineinfolgt. Organisieren wir unsere christlichen Arbeiter, ehe es zu spät ist, organisieren wir sie in christlichen Vereinen, ehe die Feinde in unseren eigenen Mauern sind... Mit Liebe, Begeisterung und felsenfestem Vertrauen muß der katholische Arbeiter seinem Vereine anhängen; derselbe Korpsgeist, der den Sozialdemokraten erfüllt, muß auch den christlichen Arbeiter beseelen. Die Arbeitervereine müssen die Schutzmauer bilden gegen die Überflutung der Sozialdemokratie.“<sup>20</sup>

Auch hier wird deutlich, daß die führenden Kräfte der katholischen Arbeitervereine die revolutionäre Kraft, die der deutschen Sozialdemokratie, der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts, damals noch innewohnte, sehr wohl erkannten. Deshalb ihre – allerdings vergeblichen – Bemühungen, in den Arbeitervereinen ein wirksames Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Darüber hinaus sollte mit Hilfe dieser Vereine die uneingeschränkte Ausbeutung der Arbeiter aufrechterhalten werden. Das zeigt sich im Inhalt eines Hirtenschreibens der preußischen katholischen Bischöfe vom 23. August 1890, in dem es hieß:

„Man flöße den Arbeitern Arbeitsamkeit, Geduld, Genügsamkeit, Sparsamkeit, Bescheidenheit ein, man bewahre sie vor Unsittlichkeit und Unmäßigkeit, man schütze die Jugend vor Entartung, man schaffe ein sittenreines und zufriedenes Familienleben – und die soziale Frage, wie gefährdend und schwierig sie sein mag, wird ihre Schärfe verlieren.“<sup>21</sup>

Beim Lesen dieser Sätze drängen sich als Parallele aus unserer Zeit die „Maßhalteparolen“ der westdeutschen Unternehmer an die Arbeiter auf. Aber ebensowenig, wie sie damit ihre riesigen Profite auf die Dauer sichern können – die großen Metallarbeiterstreiks in Südwestdeutschland haben das deutlich bewiesen –, gelang es am Ende des vorigen Jahrhunderts, die Kampfkraft des katholischen Arbeiters zu lähmen; und auch die katholischen Arbeitervereine erwiesen sich als Fehlspekulation der herrschenden Klassen. Da die katholischen Arbeitervereine zu offen antisozialistische Tendenzen zeigten und die Interessen der Zentrumsparterie vertraten, blieb ihre

<sup>20</sup> zit. bei August Erdmann, a. a. O., S. 218.

<sup>21</sup> zit. ebenda, S. 214.

Mitgliederzahl trotz aller Anstrengungen der führenden Kreise verhältnismäßig gering. Einschließlich der bereits erwähnten Knappenvereine betrug die Gesamtzahl der Mitglieder aller katholischen Arbeitervereine vor dem ersten Weltkrieg in ganz Deutschland etwa 345 000. Verglichen mit der Gesamtzahl der christlichen Arbeiter in Deutschland zeigte es sich auch hier, daß die herrschenden Klassen trotz aller ideologischen Propaganda und trotz der Gründung christlicher Gewerkschaften und konfessioneller Arbeitervereine nicht in der Lage waren, die Solidarität zwischen christlichen und marxistischen Arbeitern wirksam zu sprengen.

### III.

Es gab nur wenig Geistliche, die sich ernsthaft mit der revolutionären Theorie und dem Kampf der Arbeiterklasse befaßten und um Verständnis für ihre politischen Ziele bemüht waren. Hier ist vor allem der Brandenburger evangelische Pfarrer *T o d t* zu nennen, der in seiner 1877 erschienenen Schrift „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft“ versuchte, eine Verbindung zwischen den Forderungen des Neuen Testaments und den Ideen und Zielen der Arbeiterbewegung herzustellen. In dieser Hinsicht unterschied er sich von den anderen christlichen Sozialreformern, die weder beabsichtigten noch gewillt waren, ein Vertrauensverhältnis zur marxistischen Arbeiterbewegung anzubahnen. An den Anfang seiner Schrift stellte *T o d t* den Satz:

„Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben.“<sup>23</sup>

Die Aktualität dieser Worte für uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht zu übersehen, wenn wir in der gegenwärtigen Epoche des umfassenden Aufbaus des Sozialismus gerufen sind, so wie jeder Bürger unseres Staates uns mit den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus vertraut zu machen und sie in unserer täglichen Arbeit anzuwenden; denn — so heißt es im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands —

„die richtige Ausnutzung der ökonomischen Gesetze gewährleistet die Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialisti-

22 Rudolf *T o d t*, *Der radikale deutsche Sozialismus* . . . , Wittenberg 1878, S. 1.

„schen Produktionsverhältnisse, die Gestaltung der neuen gesellschaftlichen Beziehungen“.<sup>23</sup>

Natürlich konnte *T o d t* zu einer tiefen Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht gelangen — dazu war er zu wenig vertraut mit den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung —, aber immerhin ahnte er zumindest, daß die ökonomische Entwicklung das Gesicht der Gesellschaft prägt. Das Anliegen, das in seiner Schrift zum Ausdruck kam, erklärte *T o d t* mit folgenden Worten:

„Wir werden zunächst von dem Begriff und den Prinzipien des Sozialismus überhaupt, insbesondere aber des deutschen Sozialismus handeln, wie er sich uns in dem Programm der vereinigten sozialdemokratischen Parteien unseres Vaterlandes abspiegelt.“<sup>24</sup> Ihnen gegenüber hören wir dann, wie das Neue Testament zu diesem Begriffe und diesen Prinzipien sich stellt. Sodann werden wir die speziellen Forderungen jenes deutschen sozialdemokratischen Arbeiterprogramms einzeln durchgehen und wiederum das Neue Testament seine Kritik üben lassen. Hieran wird sich dann eine Zusammenfassung der sozialen Lehren des Neuen Testaments schließen, aus denen wir die Aufgabe des Staates, der Besitzenden und der Besitzlosen erkennen. Endlich werden wir zu fragen haben: Welches ist nun die Aufgabe der Kirche, d. h. der Gemeinde des Neuen Testaments mit Rücksicht auf die Bestrebungen des heutigen Sozialismus.“<sup>25</sup>

Es war *T o d t* also ein echtes Anliegen, vom christlichen Glauben her zu einem Verständnis der sozialistischen Arbeiterbewegung zu gelangen. Im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der damaligen Geistlichkeit wandte er sich energisch gegen alle Verleumdungen gegenüber der Arbeiterbewegung und betonte die sittliche Berechtigung ihrer grundsätzlichen Forderungen. Er blieb nicht bei einer Schilderung des Elends der Arbeiterklasse und der Ungerechtigkeit der sozialen Zustände stehen, sondern unterstützte — wenn auch nur bis zu einem bestimmten Grade — die politischen Forderungen der Arbeiterklasse. Hier seien nur zwei seiner wichtigsten Gedanken herausgegriffen.

*T o d t* kam auf ökonomischem Gebiet zu der Feststellung, daß der Christ der Umwandlung des Privateigentums an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum zustimmen sollte:

23 „Neues Deutschland“ vom 25. 1. 1963, Sonderbeilage, S. 16.

24 Gemeint ist das auf dem Vereinigungsparteitag von Gotha 1875 angenommene Programm der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“, das wegen seiner darin enthaltenen lassalleanisch gefärbten kleinbürgerlichen Auffassungen von Karl Marx einer grundsätzlichen Kritik unterzogen wurde (vgl. Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, a. a. O., S. 7–40).

25 Rudolf *T o d t*, a. a. O., S. 7 f.

„Es ist also unrecht und zeugt von einer Verkennung des neutestamentlichen Geistes, wenn man die sozialistische Idee der Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden in Gesamtheitseigentum für eine verbrecherische, satanische erklärt. Mit ihr haben wir es allein zu tun und nicht mit jener berüchtigten Teilung aller Güter zu gleichen Portionen. Sie ist eine wahnwitzige, von den Sozialisten selbst verlassene Idee. Aber jenem Gedanken des Gesamtheitseigentums liegt ein tiefer sittlicher Gehalt zugrunde (1. Mose 1, 28 ff.). Er trägt in sich den Geist der Gerechtigkeit und brüderlichen Liebe.“<sup>26</sup>

Todt spricht hier nur vom „Gesamtheitseigentum“ an Grund und Boden und noch nicht vom gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Aber auch auf dem Sektor der Produktion trat er für eine Veränderung in der gleichen Richtung ein. Offensichtlich beeinflusst von der Idee Hubers, befürwortete er das Genossenschaftswesen und stellte auch hier Vergleiche mit dem Neuen Testament an:

„Indem das Neue Testament den menschlichen Leibesorganismus als Bild der christlichen Gemeinde hinstellt, erkennt es das Prinzip der Genossenschaft an, d. h. nicht der kapitalistischen Arbeitsvereinigung, sondern der sozialistischen Produktionsgenossenschaft.“<sup>27</sup>

Neben diesen Betrachtungen auf ökonomischem Gebiet setzte sich Todt auch mit den politischen Forderungen der Sozialdemokratie auseinander. Am bemerkenswertesten ist seine Stellungnahme zur Republik, womit er noch über das Gothaer Programm hinausging und hier, wenn auch von einem anderen, wissenschaftlich nicht fundierten Standpunkt her, sich mit der Kritik Marx' an diesem Programm traf. Karl Marx hatte festgestellt:

„Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb ‚des heutigen nationalen Staats‘, also ihres Staats, des preußisch-deutschen Reichs, zu bewegen, . . . so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der gesamten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind.“<sup>28</sup>

In dieser Frage kam Rudolf Todt, der wieder die Heilige Schrift zur Beantwortung heranzog, zu folgender Feststellung:

„Betreffend des sozialistischen Republikanismus fanden wir, daß das Neue Testament über die politische Gestaltung eines Gemeinwesens ebensowenig bestimmte Aussprüche oder Vor-

26 ebenda, S. 403.

27 ebenda, S. 404.

28 Karl Marx und Friedrich Engels, a. a. O., Bd. II, S. 25.

schriften darbietet wie über die wirtschaftliche Zusammensetzung. Es hat keine bestimmte Staatsform vorgeschrieben. Daher kann weder die absolute noch die konstitutionelle Monarchie, noch die konservative und sozialistische Republik ihr Recht auf die Heilige Schrift zurückführen. Das Neue Testament hat ebensowenig etwas gegen die Monarchie wie gegen die Republik anzuführen. Es spricht nur von dem Ursprung und Zweck der Obrigkeit und der Stellung der Untertanen zu ihr. Wenn man aber die Frage aufwirft, ob Monarchie oder Republik es sei, welche am natürlichsten sich in die Ideale des Evangeliums einreihen läßt, dann antwortet die christliche Spekulation: die Republik . . . Die sozialistische Idee der Republik als solche hat also durchaus nichts dem Geiste des Neuen Testaments Widersprechendes.“<sup>29</sup>

Um diese Aussage richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß wenige Jahre zuvor von oben her das deutsche Kaiserreich „durch Blut und Eisen“ errichtet worden war, das „nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“ war.<sup>30</sup> Unter einem solchen Regime, das den preußisch-deutschen Militarismus und damit zugleich die Hohenzollernmonarchie verherrlichte, auch nur andeutungsweise für eine Republik einzutreten erforderte gerade für einen evangelischen Geistlichen mitten im Zentrum Preußens persönlichen Mut und eine geistig standhafte, von der Propaganda der herrschenden Klassen unbeeinflusste Haltung.

Bei aller Würdigung des ehrlichen Willens von Todt kann man natürlich seine Grenzen nicht übersehen. So wie die anderen christlichen Sozialreformer vor ihm, blieb er bei reformerischen Appellen an die bürgerlich-kapitalistischen Schichten stehen, weil er sich in seinem Denken und Handeln doch nicht von seiner kleinbürgerlichen Klassenposition lösen konnte. Die Tatsache des Klassenkampfes war für ihn unverständlich. Vor allem zeigte sich das in seiner Auffassung von der „Überparteilichkeit“ des Staates, so daß letzten Endes sein Programm wie das der anderen Sozialreformer als sozialkonservativ anzusprechen ist, zumal er jede revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Zustände ablehnte. Darüber hinaus glaubte er, wegen des proletarischen Atheismus nicht Seite an Seite mit der revolutionären Arbeiterklasse kämpfen zu können. So mußte sein Mahnen schließlich ohne Resonanz bei der Arbeiterklasse wie beim Bürgertum und damit wirkungslos bleiben.

29 Rudolf Todt, a. a. O., S. 398 f.

30 Karl Marx und Friedrich Engels, a. a. O., Bd. II, S. 25.

Trotz dieser Mängel ragt Rudolf Todt doch aus der Reihe der sozialreformerischen Geistlichen des vorigen Jahrhunderts hervor. Ihm ging es um ein ehrliches Bemühen, der Theorie wie auch der Praxis der marxistischen Arbeiterbewegung Verständnis entgegenzubringen, wenn ihm dies auch nur in unvollkommenem Maße gelang. Sein Verdienst liegt darin – wie er es selbst ausdrückte –, „das Neue Testament endlich auch mal mit anderen als grammatischen, exegetischen und dogmatischen Augen anzusehen oder es nur als Kodex der Privatmoral zu betrachten“; es komme darauf an, „den sozial geschärften, ja den sozialpolitischen Blick auf das Evangelium zu lenken und zu fragen, ob es nicht auch Licht werfe auf unsere wirtschaftlichen Zustände nicht nur, sondern auch auf die sozialen“.<sup>31</sup> Damit zeigte er, daß recht verstandene christliche Verantwortung verpflichtete, sich aktiv der sozialen Frage zuzuwenden.

#### IV.

Was Rudolf Todt in Gedanken zumindest andeutungsweise richtig erkannt hatte, praktizierte als erster Geistlicher Christoph Blumhardt um die Jahrhundertwende. So wie die anderen Christlich-Sozialen wurde auch er von der durch die wachsende Ausbeutung bedingten Notlage der Arbeiter stark beeindruckt, und er glaubte, ihre immer stärker werdende politische Aktivität als Zeichen Gottes dafür auffassen zu können, daß das Evangelium von der Liebe Gottes unter ihnen verwirklicht werde. Er erkannte in der Arbeiterklasse die Kraft, die berufen ist, eine neue Welt zu schaffen, eine Welt voller Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Blumhardt sprach vom „Drang nach einer neuen Gesellschaftsordnung, in welcher nicht das Geld und der Besitz, sondern das Leben der Menschen die höchste Bedeutung bekommt“.<sup>32</sup> So beschäftigte er sich intensiv mit Theorie und Praxis der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und ließ sich im Gegensatz zu den meisten anderen Christlich-Sozialen nicht von Oberflächenerscheinungen irritieren, sondern erkannte und anerkannte gerade als Christ die Grundgedanken des Sozialismus:

„Wer einen Blick tut in die Grundlagen der Sozialdemokratie und in die daraus notwendig folgenden Anschauungen, muß sofort erkennen, daß ein Nachfolger Christi sehr wohl sich mit der Sozialdemokratie verbünden kann, ja wohl noch mehr als

mit anderen Parteien. Wo zum Beispiel Nationalitäten-Ehrgeiz, Verherrlichung der durch Krieg und Blutvergießen erlangten Ehre, Bekämpfung religiöser Überzeugung zugunsten einer Konfession, wo einseitige Wirtschaftsinteressen parteimäßig verfolgt werden zum Schaden anderer Menschen, kurz, wo mehr oder weniger der Egoismus des Kapitalismus die Triebfeder des Handelns sein muß, da kann ich viel weniger im Geiste Christi mittun, als wo zugunsten Mühseliger und Beladener, zugunsten Enterbter und Unterdrückter, zugunsten von stumpf gewordenen Massen eine andere Gesellschaftsordnung gesucht wird. Wo Krieg und Blutvergießen, wo Völkerhaß und Klassenherrschaft, wo Völlerei und Unsittlichkeit bekämpft wird – was soll mich da hindern, als wahrer Nachfolger Christi mich zu beteiligen?“<sup>33</sup>

Zweierlei erscheint an diesen Worten Blumhardts bemerkenswert. Einmal hat er das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung treffend gekennzeichnet. Er erkannte, daß der Staat in der Gestalt des deutschen Kaiserreiches mit seinen Parteien und Institutionen nichts weiter war als der Interessenvertreter der Klassen der Junker und Kapitalisten. Zum anderen stellte er fest, daß die Interessen der Kapitalisten und die militaristische und chauvinistische Politik dieses Staates<sup>34</sup> dem Geiste Christi widersprechen und daß deshalb der Platz eines ehrlichen Christen, der es ernst meint mit der Verwirklichung seiner Glaubensanliegen in der Gesellschaft, nur an der Seite der Arbeiterklasse sein kann.

Diese Feststellungen Blumhardts sind für die damalige Zeit des Staatskirchentums im kaiserlichen Deutschland am Beginn der imperialistischen Epoche höchst beachtlich. Das, was Blumhardt damals als einzelner erkannte und anstrebte, ist heute unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus zur allgemeinen Erkenntnis der christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik geworden. Die Aktualität dieser Worte Blumhardts wird deutlich, wenn wir sie vergleichen mit den Ausführungen Gerald Göttings auf der Dresdner Mitarbeiterkonferenz der CDU im Februar 1963, wo er hervorhob:

*„Die Interessen und Wünsche der Partei der Arbeiterklasse stimmen mit denen aller Kreise der Bevölkerung überein. Sie heißen: umfassender Aufbau des Sozialismus und damit Friede, Wohlstand, Verständigung, Überwindung der Spaltung. In dieser Übereinstimmung liegt unsere große Stärke. Darauf vornehmlich gründet sich das Vertrauen der Christen zur Partei*

<sup>31</sup> Rudolf Todt, a. a. O., S. 5.

<sup>32</sup> Eugen Jäckh, Blumhardt, Vater und Sohn und ihre Botschaft, Berlin 1925, S. 125.

<sup>33</sup> ebenda, S. 124 f.

<sup>34</sup> Vgl. Gertrud Illing, Die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus (Hefte aus Burgscheidungen Nr. 110/111).

der Arbeiterklasse und ihrer Führung mit Walter Ulbricht an der Spitze . . . Wir sind glücklich, daß wir Christen in der Deutschen Demokratischen Republik unter der Führung der SED aktiv und schöpferisch am umfassenden Aufbau des Sozialismus mitwirken können. In der Verwirklichung des Programms des Sozialismus bietet sich uns die Möglichkeit, das zu tun, was uns besonders am Herzen liegt: Frieden zu halten, Frieden zu stiften und dem Nächsten zu dienen.“<sup>35</sup>

Doch kehren wir wieder zum Wirken Christoph Blumhardts zurück. Seine vertrauensvolle Haltung gegenüber der Arbeiterklasse, die er um des Evangeliums willen einzunehmen bestrebt war, mußte ihn mit Konsequenz auch politisch an die Seite der Arbeiterpartei führen. Das geschah im Jahre 1899, als er aus der Stille von Bad Boll in das öffentliche Leben trat. Anlaß dazu war die sogenannte „Zuchthausvorlage“ im Reichstag, durch die im Interesse der Konzerne und des junkerlich-militaristischen Staates das Koalitionsrecht der Arbeiter wesentlich eingeschränkt werden sollte. An einer Veranstaltung, die als Protestversammlung gegen die „Zuchthausvorlage“ am 19. Juni 1899 in Göppingen durchgeführt wurde, nahm auch Blumhardt teil. Er gab dort eine Sympathieerklärung für die kämpfenden Arbeiter ab und bezeichnete die Vorlage als Verbrechen an der Gerechtigkeit. Er selbst sagte darüber:

„Öffentlich hervortreten wurde ich bewogen, als das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen erlassen werden sollte; damals empfand ich, daß eine große Masse Menschen, die auf dem Boden der Arbeit stehen, durch das Gesetz geängstigt waren, und man hat mich immer gesehen, wo Geängstete sind; so ging ich, ohne mich zu besinnen und ohne jemand zu kennen, nach Göppingen in die Versammlung der Arbeiter und wurde von Unbekannten freundlich aufgenommen.“<sup>36</sup>

In einer anderen Versammlung, am 2. Oktober 1899, in der über die Beschäftigung verheirateter Frauen in den Fabriken gesprochen wurde, setzte sich Blumhardt wieder für die Rechte der Arbeiter ein. Er erklärte, er könne es nur beklagen, daß es die menschliche Gesellschaft nicht weiter gebracht habe; deshalb sei eine völlig neue Gesellschaft erforderlich. Aus Religion fühle er sich mit den Leuten verwandt, die danach streben; als sein Ideal stellte er eine göttliche Ordnung der Liebe auf Erden hin.

Diese Worte erregten großes Aufsehen, und deshalb gab man ihm in einer Versammlung am 24. Oktober 1899 Gelegenheit,

<sup>35</sup> Gerald Götting, Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns (Hefte aus Burscheidungen Nr. 94), S. 3 f.

<sup>36</sup> zit. nach: Eugen Jäckh, a. a. O., S. 126.

seinen Standpunkt darzulegen. Auf dieser Versammlung bekannte er sich aus seinem Glauben heraus, als Nachfolger Jesu, zum Sozialismus; er nannte sich selbst einen Bundesgenossen der Arbeiter und sie seine Bundesgenossen; mit ihnen gemeinsam hoffte er, daß eine neue Ordnung auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller durchgeführt werde.

Obwohl Blumhardt in dieser Erklärung nichts von einem Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gesagt hatte, wurde sie doch von den politischen Tageszeitungen als solcher gewertet. Aber er wollte seine dort vorgebrachte Meinung nicht widerrufen, und deshalb trat er daraufhin auch tatsächlich der SPD bei. Dieser Schritt löste natürlich in der Öffentlichkeit die heftigsten Reaktionen aus. Die politische und klerikale Presse griff ihn scharf an, und sein Konsistorium forderte ihn auf, auf den Pfarrertitel zu verzichten. Ohne Kampf und Protest folgte er dieser Aufforderung; danach reiste er durch alle Teile des Landes und hielt Vorträge zu politischen und sozialen Themen und auch zu religiösen Fragen.

Es ist bemerkenswert, daß Blumhardt nicht daran dachte, ein eigenes soziales und politisches Programm zu entwickeln oder einen „christlichen Sozialismus“ zu begründen, sondern sich vorurteilslos der Partei der Arbeiterklasse anschloß – einmal, weil er den Arbeitern das Reich Christi nahebringen wollte, zum andern, weil er sich als Diener Gottes an die Seite der Elenden und Unterdrückten gerufen fühlte:

„Wie Jesus dürfen wir uns den Elenden anschließen und ihnen recht geben, wenn sie schreien: Ich will es besser haben. Wenn wir ihnen nicht recht geben, sind wir keine Nachfolger Jesu Christi. Wir dürfen auch nicht urteilen, sowenig er geurteilt hat. Wir wenden uns, wie er, von den Stolzen weg zu denen, die am Boden liegen, und urteilen nicht. Ihnen gegenüber gibt es kein Gericht als das eine: Sie sind elend, arm und bloß, sie hungern und dürsten, sie sind geplagt von Tag zu Tag; zu denen geselle ich mich, denen helfe ich, ohne Urteil.“<sup>37</sup>

Von dieser Sicht her ließ er sich – im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrzahl der Geistlichen und Sozialreformer – auch nicht vom Atheismus der Arbeiterklasse abschrecken. Er meinte, daß viele „aus Verzweiflung zum Unglauben gekommen sind“:

„Es sind große Finsternishüllen über die Völker gekommen, auch über die Christen, so daß eine Menge Menschen nichts mehr von Gott fühlen und wissen und den Eindruck haben, daß kein Gott ist oder daß er sich um sie nicht bekümmert. . . . Es leugnen heute Theologen, Philosophen, Naturforscher, Ärzte,

<sup>37</sup> ebenda, S. 130.

Humanisten Gott mit dem Verstand, und dennoch werden sie von Staat und Kirche aufgenommen um deswillen, was sie praktisch mithelfen zum Fortschritt der Menschheit. Sollen wir edle Menschen, deren Verstand keinen Ausdruck für Gott findet, deswegen für gottlos halten? Oft ist im Herzen eines mit dem Verstande Gott leugnenden Menschen mehr Gott im Geist und in der Wahrheit als in einem mit dem Munde bekennenden.“<sup>38</sup>

Blumhardt stellte aber nicht nur theoretische Betrachtungen zu den Problemen des Sozialismus an, sondern nahm auch Partei in den politischen Fragen seiner Zeit. Insbesondere waren es die expansive Außenpolitik des deutschen Imperialismus und die Kriegsvorbereitung sowie der das ganze öffentliche Leben in Deutschland durchdringende militaristische Geist, die seine Kritik herausforderten. So äußerte er sich in einem Brief im Dezember 1899 über die Flottenpolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen:

„Nicht Schiffe oder Nichtschiffe, sondern ein eigentümlicher Geist ist, der in dieser Frage herrscht, Deutschland wird leise und immer dringlicher über sich hinausgehoben, schwärmerisch in überseeischen Interessen, diese nehmen allen Geist weg, und die enorme Geistesarbeit, die Deutschland unter den Völkern in Europa hat, kommt ganz in den Hintergrund... Kurz, die ganze Energie des deutschen Volkes jetzt auf die Flotte zu dirigieren, halte ich für den größten politischen Fehler, der gemacht werden kann. Wer heute herrschen will, muß mit Frieden herrschen oder er verliert den Boden.“<sup>39</sup>

Überhaupt lehnte Blumhardt jede chauvinistische Propaganda ab:

„Gott hat ein Wohlgefallen auch an unserem Volke, an uns Deutschen, er hat ein Wohlgefallen an den Franzosen, an den Engländern, ja, meine Lieben, auch an den Chinesen und Japanern.“<sup>40</sup>

Immer wieder mahnte Blumhardt zum Frieden, und er rief insbesondere die Christen dazu, daß der Geist Gottes Frieden auf Erden fordert. Dazu genügt nicht ein passives Beiseite-gehen, sondern aktives Handeln ist gefordert:

„Der Mensch ist dazu da, Fortschritt zu machen, und wenn man Frieden will, muß man auch mithelfen dazu und es auf seinem Boden, in seiner Art, in Szene zu setzen suchen. Denn bloß davon reden und meinen, es komme von selber, das hat

<sup>38</sup> ebenda, S. 131 f.

<sup>39</sup> ebenda, S. 136 f.

<sup>40</sup> Leonhard Ragaz, Der Kampf um das Reich Gottes in Blumhardt, Vater und Sohn – und weiter!, Erlenbach/Zürich – München – Leipzig 1922, S. 108.

keinen Wert. So muß jeder, der Frieden will, auch Frieden besorgen, ein Friedensmensch sein.“<sup>41</sup>

Durch diese Haltung gewann Blumhardt schnell das Vertrauen seiner Mitbürger, und im Dezember 1900 wurde er als Abgeordneter der SPD in den württembergischen Landtag gewählt, dem er bis 1906 angehörte. Sowohl in seiner Fraktion als auch in der Partei überhaupt war er wegen der Ehrlichkeit seines Willens und Handelns für die Arbeiterklasse geachtet. Wenn er sich auch nur mit Zurückhaltung an den Verhandlungen des Landtags beteiligte, so stellte er sich doch ganz auf den Boden der Partei. Er nahm am Lübecker Parteitag der SPD 1901 teil, wo er beeindruckt war von den Zielen der Partei, die auch – obgleich aus einer anderen Grundhaltung heraus – die seinen waren: die Liebe zur entrechteten Arbeiterklasse, die Achtung vor der Persönlichkeit des Menschen, die Behandlung der Religion als Privatsache jedes einzelnen, die Idee des proletarischen Internationalismus, die Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft. Besonders stimmte er dem Protest der Sozialdemokratie gegen die Ungerechtigkeit der bestehenden gesellschaftlichen Zustände zu und sah hierin auch die sittliche Berechtigung des Streiks.

Freilich soll nicht verschwiegen werden, daß er nicht alle Fragen der SPD und ihrer Politik klar erkannte. Insbesondere die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten verstand er nicht, und die damit verbundenen hitzigen Debatten auf dem Dresdner Parteitag der SPD 1903 erregten sein Mißfallen. Aber trotzdem blieb er der Arbeiterklasse treu, und nach Ablauf seines Mandats 1906 sollte er wieder als Landtagsabgeordneter aufgestellt werden. Durch seine Arbeit in Bad Boll, vor allem aber durch wiederholte schwere Erkrankungen sah er sich jedoch genötigt, sich mehr und mehr aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Aber auch in der Folgezeit blieb er eng mit den Gedanken des von der Arbeiterklasse vertretenen Sozialismus verbunden und hob insbesondere dessen humanistischen Gehalt hervor, wobei er stets von seinem christlichen Glauben ausging. So äußerte er sich 1912:

„Im Sozialismus ist eine Erscheinung in die Geschichte der christlichen Völker gekommen, die mehr als andere Erscheinungen im Völkerleben Jesusgedanken befördern kann. Eine allumfassende Sorgfalt zugunsten des reinen Menschenlebens liegt im Sozialismus, ganz allgemein: daß den Menschen geholfen werde; das ist in breiten Schichten des Volkes aufgenommen und ist ein Wiederhall von dem: Gott will, daß allen Men-

<sup>41</sup> ebenda, S. 109.

schon geholfen werde. Das Christentum hat diesen Grundsatz, der in Jesus liegt, nie so konsequent ausgesprochen.“<sup>42</sup>

Und 1913 bemerkte er:

„Ich denke, der tiefe Sinn des Sozialismus kann sich in jedem Beruf geltend machen, weil er uns lehrt, in jeder Berührung mit Menschen den Menschen an sich zu ehren und ihn gleichzustellen als Bruder ohne Rücksicht auf seine äußere Erscheinung.“<sup>43</sup>

Es ist bemerkenswert, daß Blumhardt schon die Gesetzmäßigkeit erkannte, mit der die Entwicklung der Menschheit zum Sozialismus fortschreitet. Er war sich darüber im klaren, daß diese Entwicklung nur eine revolutionäre sein konnte. Davor schreckte er aber — im Gegensatz zu den Sozialreformern wie auch zu den Revisionisten in der SPD — nicht zurück, sondern betrachtete eine Revolution unabhängig von ihrem äußeren Verlauf als notwendig, und so überraschte ihn auch die Novemberrevolution in Deutschland 1918 keineswegs. Dabei ging er stets davon aus, daß eine soziale Umwälzung dem Willen Gottes und dem Geiste Christi entspricht. Seine folgenden, 1899 geprägten Worte sind für uns, die wir heute die größte soziale Revolution der Menschheit mitgestalten, von besonderem Interesse:

„Es müßte jemand mit Blindheit geschlagen sein, wenn er nicht sehen könnte, daß dieses ganze Jahrhundert, seit der französischen Revolution, Bewegungen mit immer steigendem Erfolge aufweist, welche auf eine neue Gesellschaftsordnung hinielen. Wo ist ein Land, welches nicht von sozialistischen Ideen bewegt wird? Es ist ein Drang, ein vorwärtsstrebender Geist, der auf eine neue Gesellschaftsordnung hinielt. Niemand kann sich dieser Bewegung entziehen. Staat und Kirche mußten daraufhin dem Volke Freiheiten zugestehen. Wir haben in einem Revolutions- und Umsturz-Jahrhundert gelebt und leben mitten in Umstürzbewegungen, die eine andere Gesellschaftsordnung herbeiführen sollen, und zwar ganz gewiß nach Gottes Willen. . . .

Wenn nun aber der Sozialismus heute auch das Ziel im Auge hat, daß jedermann gleiches Recht ans Brot bekommt, daß die Eigentumsverhältnisse sich so gestalten müssen, daß nicht das Geld und der Besitz, sondern das Leben der Menschen die höchste Bedeutung bekommt, warum soll das ein verwerfliches Umsturzverlangen sein? Mir ist es gewiß, daß es im Geiste Jesu Christi gelegen ist, daß sein Ziel in dieser Richtung verfolgt wird, und es wird Umwälzungen geben, bis es erreicht ist. . . .

42 Eugen Jäckh, a. a. O., S. 140 f.

43 ebenda.

Daß es bei diesem Ringen der untern Klasse nicht immer fein zugegangen ist und viel Unvollkommenes gedacht und gehandelt wird, stößt mich nicht ab. Der Grund der Bewegung, das energische Wollen und das geistige Schaffen auf das Ziel ist mir genug, um mich als Verbündeten fühlen zu können, und zwar in dem Geiste Christi, der mich von jeher geleitet hat. . . .

Die sozialistische Bewegung aber ist wie ein Feuerzeichen vom Himmel, welches Gericht ankündigt, und wenn die christliche Gesellschaft sich einem Gericht gegenüber sieht, so möge sie nicht trotzen, sondern sich besinnen, was ihr von Wahrheit entgegnet. . . . Wahrheit ist, daß unser Geschlecht in lauter Geldwirtschaft und Geldbedürfnis untergeht. Nichts Hohes und nichts Heiliges kann heute ins Auge gefaßt werden ohne Spekulation auf Geld. . . .

Tritt nun eine Gesellschaft auf, aus bitterster Not geboren, und ringt um dieses Ende, um Erlösung von dieser Geldwelt und Geldzeit — wer will mir wehren, dieser Gesellschaft die Hand zu reichen im Namen Christi? Wer will mir verargen, ihr recht zu geben in ihrem lauten Zeugnis, daß wir uns auf abschüssiger Bahn befinden, und in ihrer Hoffnung, daß wir trotz alles heutigen Verderbens einer besseren Zeit entgegengehen, einer Zeit, in welcher es in Wahrheit heißen wird: ‚Friede auf Erden!‘, in welcher Menschen geboren werden, die verstehen, was Leben und Seligkeit heißt?“<sup>44</sup>

Wenn die Worte Blumhardts hier ausführlich zitiert wurden, dann deshalb, weil es für die damalige Zeit erstaunlich und bemerkenswert gewesen ist, daß ein Geistlicher in einer so klaren Form das Zeitalter des Sozialismus vorausgesehen hat. Seine Gedanken, die damals allein und einsam unter den Christen standen und weit über die der christlichen Sozialreformer hinausgingen, sind uns heute durchaus verständlich und geläufig. Es zieht sich eine enge Gedankenverbindung von den Worten Blumhardts im Jahre 1899 zu unserer Zustimmung zum Programm des Sozialismus im Jahre 1963 hin, das den Sozialismus als das Zeitalter des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude bezeichnet. Was Blumhardt vor über 60 Jahren voraussah, wurde Wirklichkeit: Der Sozialismus ist heute zum bestimmenden Faktor in der Weltpolitik geworden.

Zieht man das Fazit aus den hier dargestellten Beziehungen der Christen zur Arbeiterbewegung, so wird eine Erkenntnis deutlich: Ein Christ, der seine Glaubensanliegen im gesellschaftlichen Raum verwirklichen will, kann dies nur dann kon-

44 Leonhard Ragaz, a. a. O., S. 110 ff.

sequent und umfassend tun, wenn er sich an die Seite der führenden Kraft in der Gesellschaft, der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären marxistischen Partei, stellt. Ohne daß die geistig-weltanschaulichen Unterschiede zwischen Christen und Marxisten verwischt werden können, haben beide doch die gleichen Ziele und Interessen zum Wohle der gesamten Menschheit.

Hier liegt die große Aufgabe der Christlich-Demokratischen Union in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist die erste und einzige Partei christlicher Menschen in Deutschland, die sich von den Interessen der Bourgeoisie gelöst hat, sich an die Seite aller demokratischen Kräfte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse gestellt hat, sich von den Interessen der gesamten Nation leiten läßt und aktiven Anteil am umfassenden Aufbau des Sozialismus nimmt. Dabei hat die CDU auch die Lehren aus dem Wollen und Wirken der fortschrittlichen Christen der Vergangenheit gezogen. Auf der Dresdner Mitarbeiterkonferenz der CDU sagte Gerald Götting dazu:

*„Wir christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik denken nicht mehr in den Kategorien des politischen Lebens in einem kapitalistischen Staat, in dem einer des anderen Wolf ist. Die Partei der Arbeiterklasse ist nicht unser Feind, sondern unser Freund, mit dem wir im Kampf um die Lösung der Lebensfragen unserer Nation unlösbar verbunden sind. Wir sind für den Sozialismus, nicht obwohl wir Christen sind, sondern weil wir Christen sind, weil wir uns mit allen Kräften der Nationalen Front in der Verantwortung für den Menschen einig wissen. Es ist theologisch legitim, wenn Christen ihre Proexistenz als Eintreten für die Interessen der Gesamtheit verstehen. Das aber tut die Christlich-Demokratische Union . . .*

*Es gibt keine spezifisch christlichen Lösungen politischer und ökonomischer Fragen. Der Christ muß vom Evangelium her die sachlich und daher auch menschlich besten Lösungen dieser Probleme suchen. Es ist unsere tausendfach bestätigte Erfahrung, daß die moderne Gesellschaftswissenschaft den Weg zur Lösung dieser Fragen zeigt. Die Arbeiterklasse und ihre Partei haben nicht nur diese wissenschaftlichen Erkenntnisse am klarsten erarbeitet, sie haben sie in Verbindung mit allen Werktätigen in die Praxis umgesetzt.“<sup>45</sup>*

Diese Haltung bestimmt das politische Handeln der CDU und darüber hinaus der großen Mehrheit der christlichen Bevölkerung unserer Republik beim umfassenden Aufbau des Sozialismus.

<sup>45</sup> Gerald Götting, Das Programm des Sozialismus . . . , a. a. O., S. 58f.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU

- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren

Verkaufspreis 0,50 DM